MEDIA SuUB Bremen
https://media.suub.uni-bremen.de

Titel/Title: **Demokratisierung ohne Demokraten**
Die Oligarchen in der ukrainischen Politik

Autor*innen/Author(s): Heiko Pleines

Veröffentlichungsversion/Published version: Verlagsversion (VoR)

Zeitschriftenartikel/Journal article

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Pleines, Heiko (2010): Demokratisierung ohne Demokraten. Die Oligarchen in der ukrainischen Politik. In: Osteuropa, 60 (2-4), 123-134.

Verfügbar unter/Available at:
(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2010/2-4/demokratisierung-ohne-demokraten/

Zusätzliche Informationen/Additional information:

Der Autor kann kontaktiert werden unter:
pleines@uni-bremen.de

Heiko Pleines

Demokratisierung ohne Demokraten

Die Oligarchen in der ukrainischen Politik

Die ukrainische Politik wird von einer Gruppe von Großunternehmern dominiert. Diese sogenannten Oligarchen haben in den 1990er Jahren riesige Vermögen angehäuft und große Industrieholdings geschmiedet. Sie stützten das autoritäre Regime des Präsidenten Kučma, daher sollte ihre Macht nach der Orangen Revolution beschnitten werden. Dies ist nicht gelungen. Nach wie vor beeinflussen sie intransparente politische Entscheidungen und verschaffen sich durch Korruption Wettbewerbsvorteile. Doch da die Oligarchen heute verschiedene politische Lager unterstützen, hat sich ihre Rolle verändert. Die machtpolitische Pattsituation oligarchischer Interessen könnte die Grundlage bilden für eine langfristige Demokratisierung.

In der Ukraine stieg Mitte der 1990er Jahre eine Gruppe von Großunternehmern zu zentralen politischen Akteuren auf. Mit ihren Ressourcen unterstützten sie das zunehmend autoritäre Regime von Präsident Leonid Kučma. Im Gegenzug wurden ihre Unternehmen von der Politik bevorzugt behandelt. Die große Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung ging deshalb davon aus, dass der Staat unter Präsident Kučma den Interessen der Bevölkerung gleichgültig gegenüberstand, korrupt war und von diesen sogenannten Oligarchen abhing.[1]

Die Protagonisten der Orangen Revolution von 2004 wollten deshalb auch dem Einfluss der Oligarchen auf die Politik ein Ende bereiten. Doch obwohl sie mit dem Slogan „Banditen ins Gefängnis" angetreten waren, wurde kein einziger der Großunternehmer strafrechtlich verfolgt. Viele sind weiterhin in der Politik aktiv. Hat die Orange Revolution überhaupt etwas an dem Einfluss der Interessengruppen verändert? Oder spielen die Oligarchen die gleiche Rolle wie vor dem demokratischen Aufbruch?

Die ukrainische Bevölkerung zeigte sich rasch enttäuscht. Drei Jahre nach der Orangen Revolution erklärten bei Umfragen erneut 80 Prozent der Bevölkerung, dass „das Land

---

Heiko Pleines (1970), PD Dr. phil., Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Von Heiko Pleines erschien zuletzt in Osteuropa: Informelle Einflussnahme und Demokratie. Wirtschaftsakteure in Russland und der Ukraine, in: Schattenspiele. Informelle Politik im Osten Europas [= OE, 10/2005], S. 99–108. – Aufstieg und Fall. Oligarchen in Russland, in: OE, 3/2004, S. 71–81.

[1] Dies waren bei einer landesweiten Umfrage Ende 2003 die drei am häufigsten gewählten Beschreibungen, die alle eine Zustimmung von über 80 Prozent erreichten; Repräsentative Meinungsumfrage des Kiewer Razumkov Center im Dezember 2003, zitiert nach: Zerkalo Nedeli, 2/2004, <www.mw.ua/1000/1030/45297/>.

OSTEUROPA, 60. Jg., 2–4/2010, S. 123–134

von einer kleinen Gruppe von Interessenvertretern regiert wird, die vor allem an sich selber denken".[2] Über die Hälfte nannten „die Oligarchen" als die Interessengruppe, die die politische Entwicklung des Landes bestimme.[3] Dementsprechend war das Vertrauen in die Regierung sehr gering. Nur zwanzig Prozent der Befragten erklärten, dass sie der nationalen Regierung zutrauten „meistens das Richtige zu tun".[4] Die Haltung der Bevölkerung demonstriert nicht nur die weit verbreitete Enttäuschung von der Politik, die durch die Orange Revolution nur vorübergehend aufgehoben wurde. Wenn diese Einschätzung der Rolle der Oligarchen in der Politik stimmt, stellt dies auch eine schwere Belastung für die demokratischen Perspektiven der Ukraine dar.

Die Oligarchen als neue Unternehmer. Ein kollektives Porträt

Die ukrainischen Oligarchen machten alle eine ähnliche Karriere. Nach den ersten marktwirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre begannen eine Reihe von Unternehmern in einer gesetzlichen Grauzone – und teilweise auch mit illegalen Aktivitäten – erhebliche Gewinne zu erwirtschaften. Vor allem im Außenhandel und im Finanzsektor konnte viel Geld verdient werden – wenn man politische Unterstützung hatte. Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.

So kauften zum Beispiel manche Unternehmer Metalle auf dem ukrainischen Markt zu subventionierten Preisen und verkauften sie anschließend im Ausland zu Weltmarktpreisen. Die Gewinnspanne lag bei bis zu 900 Prozent. Lukrative Finanzgeschäfte ließen sich etwa mit Zentralbankkrediten an ukrainische Banken machen, die nur mit zwei Promille des üblichen Satzes verzinst wurden. Banken, die ihre Zentralbankkredite zum normalen Zinssatz an Kunden weitergaben, konnten nahezu die gesamten Zinseinnahmen für sich behalten. Oft nutzten Banken die Zentralbankkredite auch für spekulative Geschäfte, die größere Gewinnspannen versprachen.[5] Als die Erdgasimporte aus Russland 1995 an private Firmen übertragen wurden, ergab sich für einige Handelsgesellschaften eine weitere attraktive Einnahmequelle. Erneut war aber staatliche Unterstützung erforderlich, denn der Staat musste die Lizenz für die Belieferung solventer Kunden ausstellen und Zahlungsverzögerungen gegenüber dem Lieferanten aus Russland außenpolitisch abschirmen.[6]

Einige der erfolgreichen Unternehmer nutzten ihre Gewinne, um Unternehmensbeteiligungen zu erwerben. Zum einen übernahmen sie im Zuge der Privatisierung staatliche Unternehmen. Zum anderen benutzten Handelsfirmen die Schulden ihrer Kunden, um deren Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier war staatliche Unterstützung unverzichtbar. Die Privatisierung

---

[2] Meinungsumfrage im Auftrag von WorldPublic Opinion.Org von Dezember 2007 bis Februar 2008, <www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_Governance_May08_packet.pdf>.

[3] Repräsentative Meinungsumfrage des Kiewer Center for Social Monitoring im Juni 2007.

[4] Meinungsumfrage im Auftrag von WorldPublic Opinion.Org [Fn. 2].

[5] Rosaria Puglisi: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: Democratization, 3/2003, S. 99–123, hier S.104–105.

[6] Heiko Pleines: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004. Münster 2005, S. 23–26.

wurde in vielen Fällen durch die zuständigen staatlichen Behörden manipuliert.[7] Auch die Konkursverfahren wurden häufig zugunsten der Handelsunternehmen beeinflusst. In den meisten Fällen erwarben die Oligarchen alle Unternehmen, derer sie habhaft werden konnten. Im Laufe der 1990er Jahre entwickelten jedoch einige Holdings Investitionsschwerpunkte. Durch Konzentrationsprozesse und durch die Vereinigung von Zuliefer-, Produktions- und Absatzbereich konnten sie Synergieeffekte erreichen. Dabei konzentrierten sich die Oligarchen auf die wenigen Branchen, die in der Ukraine mit Gewinn wirtschafteten. Dies waren vor allem die Metallindustrie, die Öl- und Gasindustrie sowie Teile des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie. Im Jahre 2004, d.h. vor der Orangen Revolution, hielten von Oligarchen geschaffene Holdings Anteile an 22 der 100 größten ukrainischen Unternehmen, bei 15 besaßen sie sogar die Mehrheit der Aktien.[8]

Die Profitabilität der meisten Unternehmen blieb jedoch stark abhängig von einer staatlichen Vorzugsbehandlung. Gleichzeitig blieben die Oligarchen aufgrund der juristischen Fragwürdigkeit einiger ihrer Geschäftstätigkeiten und auch vieler ihrer Unternehmensübernahmen angreifbar. Daher verschwanden einige der Holdings genau so schnell wieder, wie sie entstanden waren. In der Regel ging ihrer Auflösung das Ende der Karriere ihres politischen Patrons voraus.

Die Entwicklung von Holdinggesellschaften der Oligarchen verlief bislang in fünf Phasen. Vom Ende der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre erwarben die Oligarchen ihr Startkapital und ihre ersten Unternehmensbeteiligungen. In der zweiten Phase, einer Konsolidierungsphase, die etwa die zweite Hälfte der 1990er Jahre umfasst, gingen einige der Holdinggesellschaften der Oligarchen unter, als ihre politischen Verbündeten ihre Ämter verloren, während andere expandierten. In der dritten Phase, die Ende der 1990er Jahre begann, stabilisierten sich die verbliebenen Holdinggesellschaften. Der einsetzende Wirtschaftsaufschwung führte gleichzeitig zum Aufstieg einiger neuer Oligarchen. Dies leitete etwa 2002 den Übergang zur vierten Phase ein, einer Expansionsphase, in der die Oligarchen strategische Ziele entwickelten und begannen, in die vertikale Integration ihrer Unternehmen und deren Modernisierung zu investieren. Einige Holdings der Oligarchen wurden zunehmend in die Weltwirtschaft integriert. Sie gewannen Zugang zum westeuropäischen Markt – nicht nur als Exporteure, sondern zunehmend auch als Investoren. So wurden diese Holdings zu einem der produktivsten Bereiche der ukrainischen Volkswirtschaft.[9] Die Vermögen der Oligarchen wuchsen rasant. Die von der Zeitschrift *Forbes* erstellte weltweite Liste der Milliardäre, auf der 2004 noch kein einziger Ukrainer auftauchte, enthielt 2006 gleich sieben Ukrainer. Im selben Jahr schätzte die ukrainische Zeitschrift *Korrespondent*, dass 29 Ukrainer ein Vermögen von mindestens 200 Millionen US-Dollar besaßen, 2008 waren es bereits 44.

---

[7] Heiko Pleines: Manipulating politics. Domestic investors in Ukrainian privatisation auctions 2000–2004, in: Europe-Asia Studies, 7/2008, S. 1177–1197.

[8] Pleines, Ukrainische Seilschaften [Fn. 6], S. 190–196. – InvestGazeta: Top-100. Kiev 2004.

[9] Yu. Gorodnichenko, Ye. Grygorenko: Are oligarchs productive? Theory and evidence, in: Journal of Comparative Economics, 1/2008, S. 17–42, hier S. 37.

Tabelle 1: Die ukrainischen Oligarchen 2004-2009

Oligarch	**Holding**	**Zentrale Geschäftsbereiche**	**Vermögen** (in Mrd. US-$)	
			2006	**2009**
Rinat Achmetov	*System Capital Management* (SCM)	Schwerindustrie	11,8	3,7
Viktor Pinčuk	*Interpipe*	Stahlindustrie	3,7	3,5
Ihor Kolomojs'kyj	*Privat Group*	Erdölwirtschaft, Metallindustrie, Finanzen	2,8	2,3
Hennadij Bogoljubov	*Privat Group*	Erdölwirtschaft, Metallindustrie, Finanzen	2,4	2,2
Kostjantyn Ževaho	*Finansy i Kredit, Ferrexpo*	Stahlindustrie, Maschinenbau	1,9	1,0
Vitalij Hajduk	*Industrial'nyj sojuz Donbasu* (ISD)	Schwerindustrie	1,7	0,7
Serhij Taruta	ISD	Schwerindustrie	1,7	0,7
Volodymyr Bojko	*MMK imeni Iliča*	Metallindustrie	1,6	0,7
Dmytro Firtaš	*Group DF /RosUkrĖnergo*	Erdgas, chemische Industrie	1,4	0,6
Valerij Choroškovs'kyj	*U.A. Inter Media Group*	Metallindustrie, Medien	0,9	0,4
Vasil' Chmel'nyc'kyj	*Kiev Investment Group*	Immobilien, Kommunalwirtschaft	0,7	0,2
Oleksandr Jaroslavs'kyj	*Ukrsibbank*, *DCH*	Finanzen, Chemie, Maschinenbau, Bauwirtschaft	0,7	0,2
Petro Porošenko	*Ukrprominvest*	Nahrungsmittel, Fahrzeugbau	0,5	0,6
Serhij Tihipko	*TAS Group*	Finanzen und Versicherungen	0,5	0,6
Serhij & Oleksandr Burjak	*Brokbiznesbank*	Finanzen	0,4	0,2
Mykola Jankovs'kyj	*Styrol*	Chemieindustrie	0,4	0,1
Fedir Špyh	*Aval'* /Milch-Allianz	Finanzen, Nahrungsmittel	0,3	0,3
Oleksandr Slobodjan	*Obolon'*	Nahrungsmittel	0,3	0,3
Valentyn Landyk	*Nord*	Leichtindustrie	0,2	0,2
Oleksandr Rodnjans'kyj	*1+1*	Medien	0,2	0,1

Anmerkung: Aufgeführt werden alle politisch aktiven Unternehmer, die nach der Orangen Revolution zumindest einmal ein Vermögen von mehr als 200 Millionen US-Dollar besaßen. Die aufgeführten zentralen Geschäftsfelder gelten nicht immer für den gesamten Untersuchungszeitraum, da einige Oligarchen aus bestimmten Bereichen ausgestiegen sind.
Quellen: Korrespondent. 2006. Top-30. Korrespondent 25 (214), 1.7.2006 (Vermögen 2006); Fokus 14 (127), 3.4.2009 (Vermögen 2009).

Die weltweite Wirtschaftskrise, die die Ukraine im Herbst 2008 erreichte und dann besonders hart traf,[10] beendete den wirtschaftlichen Aufstieg der Oligarchen. Es begann eine Konsolidierungsphase, in deren Verlauf etliche Holdings deutlich schrumpften oder von rivalisierenden Unternehmen übernommen wurden. Die ukrainische Zeitschrift *Fokus* schätzte 2009 die Zahl der ukrainischen Unternehmer mit einem Vermögen von mehr als 200 Millionen US-Dollar zwar noch auf 39, aber ihr Vermögen hatte sich gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent reduziert und in der *Forbes*-Liste der Milliardäre befanden sich nur noch vier Ukrainer.

Auch wenn das tatsächliche Vermögen aufgrund vergleichsweise großer Intransparenz und schneller Wertänderungen schwer zu schätzen ist, so steht doch fest, dass sich in der Ukraine eine kleine Gruppe von Großunternehmern etabliert hat. Etwa die Hälfte von ihnen versucht regelmäßig, Politik zu beeinflussen und gewinnt – oft durch Korruption – nachhaltigen Einfluss auf die herrschenden Politiker. Diese Gruppe ist gemeint, wenn von den ukrainischen Oligarchen die Rede ist.

Die prominentesten Oligarchen, die es alle zumindest zeitweise in die Forbesliste geschafft haben, sind Rinat Achmetov mit seiner Donec'ker Holding SKM, Vitalij Hajduk und Serhij Taruta mit der ebenfalls in Donec'k ansässigen Holding ISD, sowie Ihor' Kolomojs'kyj und Hennadij Bogoljubov von der Dnipropetrovsker *Privat Group* und Viktor Pinčuk mit der *Interpipe*-Holding, die auch in Dnipropetrovsk registriert ist.[11]

Der *Industrieverband Donbass* (Industrial'nyj Sojuz Donbass, ISD) wurde 1995 von regionalen Eliten in Donec'k gegründet. In den folgenden Jahren gelang es ihm, die Kontrolle über die Erdgasversorgung der Region Donec'k zu übernehmen. Ab 1998 verwendete der ISD die Gewinne, um Stahlproduzenten in der gesamten Ostukraine zu erwerben. Neben der Metallindustrie begann der ISD auch, sich in der Eisenerz- und Kohleförderung zu engagieren. Im Rahmen einer umfassenden Investitionsstrategie übernahm der ISD die Kontrolle über die gesamte Produktionskette der Stahlindustrie und stieg auch in den Maschinenbau ein. Der ISD erwarb zusätzlich Beteiligungen in der Lebensmittelindustrie, im Transportwesen und in der Gastronomie. Während der Expansionsphase der ukrainischen Oligarchen erwarb der ISD u.a. Beteiligungen an einem polnischen und einem ungarischen Stahlwerk und wurde so zu einem der 30 weltweiten größten Stahlproduzenten.

In der Öffentlichkeit wurde der ISD im vergangenen Jahrzehnt von Serhij Taruta und Vitalij Hajduk repräsentiert. Die tatsächliche Eigentümerstruktur der Holding blieb aber unklar. Die Einordnung von Taruta und Hajduk als Oligarchen und nicht als Manager basiert deshalb nicht auf offiziellen Informationen.

---

[10] Zur Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die Ukraine siehe den Beitrag von Anders Åslund in diesem Band, S. 195-209.

[11] Umfangreichere Porträts finden sich bei: Heiko Pleines: The political role of the oligarchs, in: Juliane Besters-Dilger (Hg.): Ukraine on its way to Europe. Interim results of the Orange Revolution, Frankfurt/Main 2009, S. 103–120. – Kerstin Zimmer: Machteliten im ukrainischen Donbass. Berlin 2006. – Sergej Wowk: System Capital Management. Komandnyj punkt, in: Investicionnaja Gazeta, 25.3.2003, S. 12–13. – Igor' Maskalevič: Inventarizacija oligarchičeskoj sobstvennosti, in: Zerkalo Nedeli, 23.8.2003, S. 6. – Oleg Varfolomeyev: Kuchma's men line up for presidential election, in: Russia and Eurasia Review, 12/2003, <www.jamestown.org/archives/rueureview/re2003/>. – Tina Kowall, Kerstin Zimmer: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen. Bremen 2002 [= Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42].

Metallurgiekombinat des ISD im ostukrainischen Alčevs'k

In der Kokerei Alčevs'kkoks *des ISD in Al'čevs'k*

Während Taruta keine öffentlichen Ämter übernahm, war Hajduk von Januar 2000 bis April 2001 stellvertretender Energieminister, im November 2002 kurze Zeit Energieminister und dann bis Dezember 2003 stellvertretender Ministerpräsident. Nach der Orangen Revolution war er unter Präsident Viktor Juščenko von Oktober 2006 bis Mai 2007 Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates. Da der ISD die Übernahme der Stahlunternehmen und der Hüttenwerke mit ausländischen Krediten finanziert hatte, brachte die Weltwirtschaftskrise mit sinkenden Stahlpreisen und drastischen Liquiditätsengpässen den ISD ab Herbst 2008 in erhebliche finanzielle Probleme. Nach bisher unbestätigten Berichten übernahmen Investoren aus Russland im Januar 2010 die Mehrheit am ISD. Hajduk schied aus dem Unternehmen aus.[12]

In der Holding *System Capital Management* (SCM) sind seit 2000 die Unternehmensbeteiligungen von Rinat Achmetov zusammengefasst. Achmetov übernahm 1995 die Handelsfirmen des Donec'ker Unternehmers Achat' Brahin, nachdem dieser einem Attentat zum Opfer gefallen war. In den folgenden Jahren gelang Achmetov die Integration in die neue Elite der Region Donec'k. In enger Kooperation mit der ISD erwarb er bedeutende Firmen der Metallindustrie. Zusätzlich engagierte er sich in der Lebensmittelindustrie, in der Gastronomie und im Finanzsektor. Ihm gehört auch der Fußballverein *Šachter Donec'k*.[13] Während sich der ISD nach der Orangen Revolution zunehmend aus der Politik zurückzog, band sich Achmetov immer enger an die vom ehemaligen Gouverneur von Donec'k, Viktor Janukovyč, geleitete *Partija Rehioniv* (Partei der Regionen), für die er seit 2006 auch im ukrainischen Parlament, der Verchovna Rada, sitzt. Achmetov unterstützt die Partei durch Wahlkampfspenden und hat etliche Vertraute in Parteileitung und Fraktion platziert, so dass er als graue Eminenz der Partei gilt.

Stahlbau von „Interpipe"

---

[12] Kyiv Post, 14.01.2010. – Financial Times, 6.1.2010.

[13] Zu dem finanziellen Engagement Achmetovs bei Šachter Donec'k siehe: Stefan Wellgraf: Die Millionengaben. Oligarchen und Fußball in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 5/2006, S. 39–58.

Der Aufstieg der Holding *Interpipe* begann 1997. Sie erwarb wie die meisten Holdings Unternehmensbeteiligungen in den unterschiedlichsten Branchen. Der Schwerpunkt des Engagements lag aber in der Metallindustrie und insbesondere in der Röhrenproduktion. Im Medienbereich verschaffte sie sich Beteiligungen an drei landesweit sendenden Fernsehkanälen (STB, ICTV, Novyj Kanal) sowie an der auflagenstarken Tageszeitung *Fakty i Kommentarii*. Die zu *Interpipe* gehörenden Sender erreichen bei Nachrichtensendungen einen Zuschaueranteil von etwa 20 Prozent.[14] Die Holding mit Sitz in Dnipropetrovs'k wird von Viktor Pinčuk kontrolliert. Pinčuk, der Schwiegersohn des früheren Präsidenten Leonid Kučma, war von 2000 bis 2004 auch dessen offizieller Berater. Er hat enge Verbindungen zu Serhij Tihipko, der von 1997 bis 2001 in der Regierung für Wirtschaftsfragen zuständig war und danach bis 2004 die Leitung der Zentralbank übernahm.
Nach der Orangen Revolution verlor *Interpipe* zwei zentrale Unternehmensbeteiligungen, weil die Privatisierungsauktionen, bei denen sie sie erworben hatte, annuliert wurden. Pinčuk ist damit der einzige Oligarch, dessen Geschäftstätigkeit unter der Orangen Revolution nachhaltig litt. Er zog sich noch 2005 aus der Politik zurück und legte sein Parlamentsmandat nieder. Er engagiert sich seitdem als Großsponsor vor allem für kulturelle Projekte und für die Förderung des EU-Beitritts der Ukraine.[15]
Tihipko konzentriert sich seit 2005 auf seine TAS Holding, die vor allem als Finanzinvestor aktiv ist. Er blieb aber auch in der Politik aktiv und war etwa in den Jahren 2008–2009 im Investorenrat der ukrainischen Regierung tätig. Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 erreichte er in der ersten Runde knapp 14 Prozent der Stimmen und nutzte dies, um mit den beiden besserplatzierten Kandidaten um seine Unterstützung zu verhandeln.
Die *Privatbank* wurde 1992 von Serhij Tihipko in Dnipropetrovs'k gegründet. Durch Finanzspekulationen und mit Unterstützung der Zentralbank konnte sie eine der erfolgreichsten Banken in der Ukraine werden. Mit dem Wechsel von Tihipko in die Politik und seiner Allianz mit *Interpipe* wurde die *Privatbank* 1997 von Ihor' Kolomojs'kyj übernommen, der Hennadij Bogoljubov als Partner hinzuzog. Im Zuge der Privatisierungen wuchs die Holding der Bank zu einer der größten der Ukraine. Sie konzentrierte ihre Beteiligungen auf die Metallindustrie und die Erdölindustrie, erwarb aber auch Firmen in etlichen anderen Branchen wie der chemischen Industrie, der Lebensmittelindustrie und dem Baubereich. Die Eigentümer der *Privatbank* gehören zu den wenigen ukrainischen Oligarchen, die selber nie ein formales politisches Amt übernommen haben. Sie haben stattdessen Vertraute auf den Wahllisten verschiedener Parteien platziert.

Die Korrumpierung der Politik unter Präsident Kučma

Die Schwäche politischer Bewegungen und der wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen Mitte der 1990er Jahre prägten die politische Strategie des 1994 gewählten Präsidenten Leonid Kučma. Sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf politische Lager, wie sie im Parlament weiter vertreten waren, sondern auf regionale Seilschaften. Vertreter der politischen Elite einer Region wurden in nationale Ämter nach

[14] Einschaltquoten für das erste Halbjahr 2007 erfasst von GFK Ukraine, zitiert in: Kommentarii 29–30 [87], 27. Juli 2007.
[15] Siehe dazu den Beitrag von Julia Langbein in diesem Band, S. 359–371.

Kiew berufen. Mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Kompetenzen konnten diese Politiker dann die Unternehmer fördern, mit denen sie verbunden waren. Die Politiker scheinen dafür in der Regel am Gewinn der Unternehmer über politische Korruption beteiligt worden zu sein. Die regionalen Seilschaften nutzten ihren Einfluss auf Massenmedien und auf die politische Stimmung in ihrer Region, um die öffentliche Meinung zugunsten des Präsidenten zu beeinflussen.[16]

In die Nähe des Präsidenten gelangten regionale Seilschaften häufig auch, indem einer ihrer Vertreter zu einem persönlichen Berater der Präsidenten ernannt wurde. Nicht nur regionale Politiker kamen zum Zuge, sondern auch Oligarchen selber. Insbesondere in seine Wahlkampfteams holte Kučma Großunternehmer mit Medienbeteiligungen.[17] Die Oligarchen boten Kučma zum einen Einfluss auf die Berichterstattung der von ihnen kontrollierten Massenmedien und zum anderen finanzielle Unterstützung für Wahlkämpfe. Im Gegenzug erhielten sie eine Vorzugsbehandlung ihrer Unternehmen durch den Staat.

Ende der 1990er Jahre begannen die Oligarchen zudem, politische Parteien zu gründen. Diese sollten dazu dienen, Wähler für den Präsidenten zu mobilisieren. Gleichzeitig konnten präsidentennahe Parteien im Parlament die Gegner des Präsidenten schwächen. Über die Schaffung einer präsidentennahen Mehrheit im Parlament konnten die Oligarchen also zum einen Kučma einen politischen Dienst erweisen, der seine Gunst auch über den Wahlkampf hinaus permanent sicherte. Zum anderen eröffneten sie sich – neben dem Zugang zu Regierungsämtern – einen zweiten Kanal, über den sie politische Entscheidungen im eigenen Interesse beeinflussen konnten. Hinzu kam die Tatsache, dass die Immunität der Parlamentsabgeordneten vor Strafverfolgung für viele Oligarchen eine Rückversicherung gegen die wegen der Korruptionsvorwürfe drohende Strafverfolgung darstellte.

Die Kučma nahestehenden Oligarchen gruppierten sich vor der Präsidentschaftswahl von 1999 um vier politische Parteien. Durch einen gut finanzierten Wahlkampf sicherten sie die Wiederwahl Kučmas. Gleichzeitig warben sie im Parlament in großem Umfang Abgeordnete oppositioneller Fraktionen ab. So bewirkten sie eine deutliche Kräfteverschiebung in der ukrainischen Politik. Anfang 2000 stellten die propräsidentiellen Parteien erstmals eine Mehrheit im Parlament, die sie nutzten, um Vertreter der Opposition aus ihren Ämtern zu verdrängen.

Bei den Parlamentswahlen 2002 gründete dann die regionale politische Führung des Gebiets Donec'k um Gouverneur Viktor Janukovyč, die bereits 1999 in ihrer Region politische Unterstützung für Kučma mobilisiert hatte, die *Partei der Regionen*. Diese schloss sich gemeinsam mit anderen präsidentennahen Oligarchen-Parteien, die 1998 noch einzeln angetreten waren, zu der Wahlallianz *Za edinu Ukraïnu* (Für eine einige Ukraine) zusammen. Den Wahlkampf für die Allianz organisierte in erster Linie die *Trudova Ukraïna* (Arbeiterpartei der Ukraine), hinter der die Holding *Interpipe* des Oli-

---

[16] Einen Überblick über die politische Konstellation unter Kučma geben Tina Kowall: Leonid Kutschma und die Oligarchen. Vom Gewinnen und Verlieren der Macht, in: Ellen Bos, Antje Helmerich (Hg.): Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa. Münster 2006, S. 117–133. – Pleines, Ukrainische Seilschaften [Fn. 6]. – Puglisi, The rise [Fn. 5].

[17] Zum Einfluss der Oligarchen auf die Exekutive siehe Puglisi, The rise [Fn. 5], S. 111–115. – Tina Kowall: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Kowall/Zimmer, Der politische Einfluss [Fn. 11], S. 5–20, hier S. 13–14.

garchen Pinčuk stand.[18] Durch ihren Einfluss auf die Medienberichterstattung, durch Gelder für den Wahlkampf und indem sie Parlamentsabgeordnete für ihre Fraktionen gewannen, trugen die Oligarchen wesentlich dazu bei, dass Präsident Kučma die politische Opposition systematisch ausschalten und so faire demokratische Entscheidungsprozesse unterminieren konnte. In den beiden Jahren vor der Orangen Revolution, als Viktor Janukovyč Ministerpräsident war, erhielten die Oligarchen als Gegenleistung eine Vorzugsbehandlung bei der Privatisierung von Großunternehmen.[19]

Pluralisierung der Interessenvertretung

Die Protagonisten der Orangen Revolution forderten, dass die Oligarchen strafrechtlich verfolgt und die manipulierten Privatisierungen annulliert werden. Julija Tymošenko, die Anfang 2005 Ministerpräsidentin wurde, kündigte an, alle größeren Privatisierungen überprüfen zu wollen und erwartete in 3000 Fällen eine Rückverstaatlichung. Die Revision der Privatisierungen wurde jedoch – unter anderem weil Präsident Viktor Juščenko seine Unterstützung versagte – bereits im Frühsommer 2005 abgebrochen. Einziges greifbares Ergebnis war die Annulierung des Verkaufs des im ostukrainischen Nikopol' gelegenen Eisenlegierungswerkes *Nikopol'skij zavod ferrosplavov* an *Interpipe* sowie die Wiederholung der Privatisierung des Stahlwerkes in Kryvyj Rih. Unter Kučma war das Stahlwerk im Sommer 2004 für 800 Millionen US-Dollar an ein Konsortium von SCM und *Interpipe* verkauft worden. Ein Jahr später ging es in einer transparenten Auktion für mehr als das vierfache des ursprünglichen Preises an die *Mittal Steel Company*.[20]

So blieben die Unternehmensgruppen der Oligarchen auch nach der Orangen Revolution intakt und konnten dank des Wirtschaftsbooms der vergangenen Jahre ihren Wert deutlich steigern. Auch die Medienbeteiligungen der Oligarchen wurden durch die Orange Revolution nicht direkt beeinflusst. 2007 sahen mehr als zwei Drittel der ukrainischen Fernsehzuschauer Nachrichtensendungen in von Oligarchen kontrollierten Sendern.[21] 2005 wurde zwar Parlamentsabgeordneten die Ausübung von Wirtschaftsaktivitäten verboten. Die Oligarchen blieben dennoch in der Politik. Entweder übergaben sie ihre unternehmerischen Aktivitäten formal an einen Bevollmächtigten oder sie ließen sich in der Politik durch enge Vertraute vertreten. Umfang und Mittel des politischen Engagements der Oligarchen haben sich somit durch die Orange Revolution nicht wesentlich verändert.

Dies bedeutet nicht, dass sich nichts geändert hätte. Denn während sich die Oligarchen bis 2004 ganz auf die Kooperation mit Kučma konzentrierten, orientieren sie sich seit

---

[18] Oleh Protsyk, Andrew Wilson: Centre politics in Russia and Ukraine. Patronage, power and virtuality, in: Party Politics, 6/2003, S. 703–727. – Andrew Wilson: Ukraine's 2002 elections. Less fraud, more virtuality, in: East European Constitutional Review, 3/2002, S. 91–98. – Paul D'Anieri: Leonid Kuchma and the personalization of the Ukrainian presidency, in: Problems of Post-Communism, 5/2003, S. 58–65. – Erik S. Herron: Causes and consequences of fluid faction membership in Ukraine, in: Europe-Asia Studies, 4/2002, S. 625–639. – Paul Kubicek: The limits of electoral democracy in Ukraine, in: Democratization, 2/2001, S. 117–139.

[19] Pleines, Manipulating politics [Fn. 7], S. 1177–1197.

[20] Julia Kusznir, Heiko Pleines: Informal networks in Ukraine's privatisation auctions, in: KICES Working Papers, 6/2006, S. 37–51, hier: S. 45–46.

[21] Einschaltquoten ermittelt von GFK Ukraine, zitiert nach: Kommentarii 29–30 [87], 27.7.2007, S. 21.

2005 auf verschiedene politische Lager. Zum einen gewannen Unternehmer, die die Orange Revolution unterstützt hatten – etwa Petro Porošenko und Oleksandr Slobodjan – nun politischen Einfluss und stiegen damit zu Oligarchen auf. Zum anderen wechselten aber auch einige der etablierten Oligarchen die Seiten. Die Brüder Burjak, Vasyl' Chmel'nyc'kyj und Kostjantyn Ževaho wechselten zur Fraktion des *Blok Julij Tymošenko*. Chmel'nyc'kyj ging dann 2006 wieder zurück zur *Partei der Regionen*.
Die machtpolitische Rolle der Oligarchen hat sich damit entscheidend geändert. Vor der Orangen Revolution unterstützten alle die Manipulationen Kučmas und trugen damit zur Ausschaltung der politischen Opposition wesentlich bei. Seit 2005 nehmen sie auf mehrere politische Lager Einfluss, so dass sich die Manipulationen teilweise gegenseitig neutralisieren. Allen großen Parteien stehen jetzt umfangreiche Wahlkampfgelder zur Verfügung. Die Berichterstattung der Medien ist durch rivalisierende Darstellungen nicht nur vielfältiger, sondern auch solider geworden: Alle großen Parteien werden gleich fair – oder, je nach Sichtweise: gleich unfair – behandelt.

Demokratisierung ohne Demokraten?

Bedeutet dies, dass die Großunternehmer von Oligarchen zu „normalen" Akteuren im politischen Wettbewerb geworden sind,[22] dass sie nicht mehr mit rechtlich fragwürdigen Mitteln Politik zu Gunsten ihrer Wirtschaftstätigkeit manipulieren, sondern zu Lobbyisten geworden sind, die gemeinsame unternehmerische Interessen vertreten? Da die Unternehmensholdings der Oligarchen nach der Orangen Revolution weitgehend intakt gelassen wurden, haben die Großunternehmer sowohl ihre langfristige strategische Investitionsplanung als auch ihre Expansion auf EU-Märkte fortgesetzt. ISD hat Stahlwerke in Polen und Ungarn übernommen, die *Privat Group* besitzt Fabriken in Polen und Rumänien, Oleksandr Jaroslavs'kyj gewann die französische Bank *BNP Paribas* als strategischen Partner. Somit setzen sich die Großunternehmer für eine stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung sowie für eine Annäherung an die EU ein. Am deutlichsten zeigt sich dies an der PR-Kampagne von Viktor Pinčuk für einen EU-Beitritt des Landes. Diese Ziele der Großunternehmer sind nicht nur mit den Ideen der Orangen Revolution kompatibel, sie können als kollektive Forderung auch auf demokratische Weise in den politischen Prozess eingebracht werden. Einige Beobachter argumentieren deshalb, dass die Oligarchen zumindest auf dem Weg sind, sich in eine Wirtschaftslobby zu transformieren, die gerade durch ihren Fokus auf die EU-Perspektive dem Gemeinwohl des Landes dienen könnte.[23]
Für viele ukrainische wie westliche Beobachter, die sich von der Begeisterung der Orangen Revolution mitreißen ließen, ist die politische Entwicklung der Ukraine seit 2005 hingegen gerade auch wegen der Rolle der Oligarchen eine schwere Enttäuschung. Sie scheint zu belegen, dass die Ukraine die Schatten der Vergangenheit weder personell noch ideologisch überwinden kann. Hier droht jedoch allzu große Euphorie in allzu große Enttäuschung umzuschlagen.

---

[22] So sehr dezidiert Michailo Vinnyc's'kyj: Ukraïna post-majdanna = Ukraïna post-oligarchyčna, in: Juliane Besters-Dilger (Hg.): Ukraïna na šljachu do Evropy. Kyïv 2009, S. 141–147.

[23] Rosaria Puglisi: A window to the world? Oligarchs and foreign policy in Ukraine, in: Sabine Fischer (Hg.): Ukraine. Quo vadis? Paris 2008 [= Institute for Security Studies, Chaillot Paper, 108/2008), S. 55–86. – Inna Melnykovska, Rainer Schweickert: Bottom–up or top–down: What drives the convergence of Ukraine's institutions towards European standards? In: Southeast European and Black Sea Studies, 4/2008, S. 445–468.

Revolutionen mögen über Nacht gemacht werden, Demokratien werden aber nicht an einem Tag geschaffen. Gerade der Machtkampf unterscheidet die Ukraine von allen anderen Staaten des postsowjetischen Raums. Selbst in Georgien und Kirgisistan, wo ebenfalls nach manipulierten Wahlen ein Machtwechsel stattfand, hat der neue Präsident in alter Manier immer mehr Kompetenzen an sich gerissen. Nur in der Ukraine haben sich durch die Reformen nach der Orangen Revolution Chancen auf eine langfristige Demokratisierung eröffnet.[24]

Historisch betrachtet werden Demokratien häufig nicht von Demokraten geschaffen, sondern von Konfliktpartnern, die gezwungen sind, die Macht zu teilen und die dafür eindeutige Regeln und Kontrollmechanismen entwickeln, um eine Pattsituation zu überwinden und die eigene Position für den Fall einer Niederlage abzusichern. Dies ist eine Erfahrung, die auch der Westen gemacht hat:

> Die wirklich interessanten konstitutionellen Innovationen in der westlichen Verfassungsgeschichte resultierten aus einer machtpolitischen Patt-Situation. [. . .] [Sie initiierte] Prozesse, aus denen im Laufe der Zeit, d.h. von Jahrhunderten bzw. Jahrzehnten, und in Ermangelung von machtpolitischen Alternativen nach und nach „Versöhnung" mit der Folge von leidlich akzeptierter, institutionell-rechtlich abgesicherter Toleranz resultierte. Denn nachhaltige Toleranz dokumentiert sich schließlich in akzeptierten Verfassungen und ihren Prinzipien, die dann – wo nachhaltig geworden – während mehrerer Generationen einsozialisiert und als Selbstverständlichkeit begriffen werden und schließlich sich entsprechend emotional verankern.[25]

Durch die Pluralisierung der politischen Lager hat die Orange Revolution auch eine Pluralisierung der oligarchischen Interessenvertretung bewirkt. Ohne dass sich die Motive oder Mittel der Einflussnahme der Oligarchen wesentlich geändert haben, ändert sich doch ihre Rolle in der Politik.

Eine solche Demokratisierung ohne Demokraten birgt Chancen und Risiken. So neutralisieren sich die politische Einflussnahme und der Medieneinfluss der Oligarchen seit der Orangen Revolution aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Lagern teilweise gegenseitig, und die Großunternehmer beginnen politische Interessen zu entwickeln, die sie kollektiv und im Einklang mit dem Gemeinwohl vertreten können. Langfristig könnten sie so demokratische Spielregeln internalisieren.

Kurzfristig hat allerdings die politische Einflussnahme der Oligarchen fatale Auswirkungen. Die Oligarchen setzen ihre Interessen weiterhin mit demokratisch und auch rechtlich fragwürdigen Mitteln durch. Dies unterminiert die demokratische Entscheidungsfindung und delegitimiert die bestehende politische Ordnung sowohl in den Augen der Bevölkerung als auch der Eliten.[26]

---

[24] Henry E. Hale: Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patronal presidentialism, in: Communist and Post-Communist Studies, 3/2006, S. 305–329.

[25] Dieter Senghaas: Vereinbarung, Versöhnung, Toleranz: Wie das Neue Gestalt gewinnen kann, in: Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Stuttgart 2007, S. 319–325, hier S. 321f.

[26] Zur Wahrnehmung der politischen Rolle der Oligarchen durch die Eliten des Landes siehe: Åse Berit Grødeland: Cultural Constants, Corruption and the Orange Revolution, in: Juliane Besters-Dilger (Hg.): Ukraine on its way to Europe. Interim results of the Orange Revolution. Frankfurt/Main 2009, S. 79–102.